

REVOLUTION INFOMAIL NR. 10 / 2011

es gibt sie noch unsere Infomail

Die nächste Infomail erscheint in der KW 31!

Liebe Leser_innen der REVOLUTION Infomail

heute erhaltet ihr nach einer größeren Pause endlich wieder eine neue Ausgabe unserer Infomail. Wir haben weiterhin daran unsere Website, Infomail und Zeitung zu verbessern. Vielleicht habt ihr auch schon auf unserer Facebook-Seite vorbeigeschaut?!

Ende Juni fand in Berlin unsere REVOLUTION Konferenz statt, auf der wir uns u.a. auch auf die im August stattfindenden internationale Delegiertenkonferenz vorbereiteten. Darüber berichten wir in dieser Infomail ebenso wie von der Schülerstreik-Konferenz in Köln.

Weiter beziehen wir mit einem Gast-Artikel der Gruppe Arbeitermacht Stellung zur Auseiandersetzung um angeblichen "Antisemitismus". Außerdem geht es um den Kampf der griechischen Arbeiter gegen die Krise.

In der Termin-Rubrik möchten wir euch nochmals an unser internationales, kommunistisches Sommer-Camp erinnern, welches diesen August in England stattfinden wird. Noch könnt ihr euch bei uns anmelden wenn ihr Interesse habt euch mit jungen Kommunist_innen aus anderen Ländern auszutauschen, spannende Workshops und Vorträge zu erleben und den Abend gemütlich ausklingen zu lassen.

Lob und Kritik schickt ihr wie gewohnt an die folgende E-Mail-Adresse:

redaktion@onesolutionrevolution.de.

Eure **REVOLUTION**-Zeitungsredaktion im Juli 2011





REVO-Ortsgruppen / Summer Camp

Ortsgruppen-Treffen

REVOLUTION Treffen Freiburg
Jeden Dienstag um 18.00 Uhr im Geier (Belfortstraße 38).

REVOLUTION Treffen Stuttgart
Jeden Mittwoch um 18.30 Uhr im Jugendhaus West Bebelstraße 26, Anfahrt mit U2/U9 bis Haltestelle Schwab-/Bebelstraße.

REVOLUTION Treffen Berlin
Jeden Montag um 18.00 Uhr im Salvador Allende (Jonasstraße 29/ U8 Leinestraße)

REVOLUTION Treffen Kassel
Jeden Donnerstag, gemeinsames Treffen von Gruppe Arbeitermacht und REVOLUTION. Bei Interesse bitte eine E-Mail schreiben an: kassel@onesolutionrevolution.de



08-12.08. 2011, London

Internationales REVOLUTION Camp

Im August diesen Jahres findet wieder das internationale **REVOLUTION** Camp statt. Dort wollen wir mit Freund_innen und Genoss_innen aus aller Welt diskutieren, von einander lernen und uns über unsere Erfahrungen austauschen. Natürlich ist auch für Spaß und Party gesorgt, immerhin hat man nicht alle Tage die Chance, so viele Kommunist_innen aus aller Welt, auf einem Fleck zu treffen. Wenn du Lust hast gemeinsam mit uns nach London zu fahren, dann melde dich einfach an: germany@onesolutionrevolution.de

Die Kosten für Verpflegung und Unterkunft belaufen sich auf rund 65 Euro pro Person.

WHAT´S GOING ON?
Politische und praktische Workshops:

• Die russische Revolution von 1917 • Atomkraft und globale Erwärmung • Wie gegen den Faschismus kämpfen und vieles mehr...

• Ein großartiger Journalist sein • Eine kämpferische Rede halten • Einen Schulstreik organisieren und vieles mehr...

• Partys am Lagerfeuer • Spiel und Sport • Capture the flag • Tour durch das rote London und vieles mehr...

WHERE IS IT?

Das Camp findet nahe Upminster in Essex statt und ist nur einen Steinwurf von London entfernt.





Generalstreik in Griechenland

Wie kann das Kapital geschlagen werden?



Wiedereinmal traf die Wut der Massen, die Straßen von Athen. Dies drückte sich in einem 48 stündigen Generalstreik gegen die rigide Sparpolitik aus, die das ganze Land bedroht.

Um sich den *„Rettungsmaßnahmen"* von EU und IWF zu fügen, stimmte das griechische Parlament über die Annahme eines weiteren Kürzungspaketes ab. Diesmal sollen sich die Kürzungen auf 40.5 Milliarden Dollar belaufen.

Aber ähnlich wie in Irland, scheinen die Sparmaßnahmen keine Wirkung auf das nationale Kreditrating zu zeigen. Die Ratingagentur Standard&Poor hat Griechenland erst vor Kurzem auf die Kreditwürdigkeit *„CCC"* gestuft – die schlechtest mögliche überhaupt – sogar schlechter als Pakistan und Jamaika.

Der Generalstreik, der vom 28-29. Juni andauerte, brachte hunderttausende von Gewerkschafter_innen, Jugendlichen, Familien und Gemeinden auf die Demonstrationen. Doch es ist bereits der 10. Generalstreik dieser Art in Griechenland seit Ausbruch der Krise.

Sicherlich ist das nicht überraschend. Die griechische Wirtschaft ist in heillosem Chaos versunken, Arbeiter_Innen, Jugendliche und die Armen zahlen die Hauptlasten der Krise. Die Arbeitslosigkeit liegt über 15 Prozent, Löhne im öffentlichen Dienst wurden bereits vor den, am 30. Juni beschlossenen, Maßnahmen um 25 Prozent gekürzt. Außerdem wurde die wöchentliche Arbeitszeit massiv erhöht.

Die Wut wächst in allen Bereichen der kapitalistischen Gesellschaft. Von den Protesten berichtend, sagte der *„Newsnight"* Moderator Paul Mason, dass die privaten Medien in Griechenland immer mehr unter ungewohnt harter Kritik für ihre Massenpropaganda stünden, die darauf abzielt den Menschen einzureden, dass Kürzungen und weiteres Elend die einzige Lösung seien.

Die griechische Gesellschaft ist wütend über die *„sozialistische"* Regierung Papandreous (die PASOK, aus der sich die Regierung formiert, ist gemeinsam mit Parteien, wie der SPD in der reformistischen zweiten Internationale) die ihr Versprechen gebrochen hat, die Steuern nicht zu erhöhen und weite Gebiete des öffentlichen Dienstes nicht zu privatisieren.

Außerdem sind sie über Länder wie Großbritannien und speziell Deutschland wütend, deren Regierungen die Forderungen nach mehr Sozialkürzungen im Austausch gegen EU *„Rettungspakete"* anführen. Trotzdem zeigen die Protestierenden Solidarität mit anderen Anti- Krisen- und Anti-Kürzungs-Bewegungen überall in Europa. Junge Protestler_innen übernehmen die Forderungen der kürzlich entstandenen jugendlichen spanischen Protestbewegung, die Stadtzentren in Zelten besetzte um Arbeitsplätze zu fordern.

Der Generalstreik zeigt die anhaltende Entschlossenheit der griechischen Jugend und der Arbeiterklasse, gegen die Kürzungen zu kämpfen. Vor allem, weil sie wissen, dass die Alternativen der EU und des IWF das Leben für jeden zur Hölle machen würden. Einer der so genannten *„sozialistischen"* Minister ist zurückgetreten, weil er sich weigerte für die Kürzungen zu stimmen.

Allerdings werden manche Fakten überdeutlich. Der offensichtlichste ist, dass eintägige oder befristete Generalstreiks, selbst zehn eintägige Generalstreiks nicht ausreichend sind, um die Attacken in Griechenland zu verlangsamen oder zu stoppen.

Das rührt daher, dass die Krise in Griechenland so schwerwiegend ist, dass die kapitalistischen Lösungsansätze, seien es die der Monetaristen oder die der Keynesianer, einfach nicht die Situation in den Griff bekommen, ohne Millionen von Griechen in absolutes Elend zu stürzen.

Der Griechische Premierminister hat nun aufgrund des Streiks und der gewaltsamen Zusammenstöße seinen Rücktritt angeboten, um einer *„Regierung der nationalen Einheit“* den Weg frei zu machen.
Nun gibt es die absolute Dringlichkeit eines unbegrenzten Generalstreiks: nicht um Verhandlungen zu erzwingen, oder die für die Kürzung Verantwortlichen in der Regierung zu stürzen - dies würde nichts an der Grundlegenden Situation ändern. Sondern um die gesamten kapitalistischen Angriffe niederzuringen, die nationale Wirtschaft unter Arbeiterkontrolle zu kollektivieren und schlussendlich den Kapitalismus als System an sich zu stürzen.Doch dafür ist es unerlässlich, dass die klassenkämpferische Linke in Griechenland in eine gemeinsame Diskussion tritt, mit welchem Programm dies bewerkstelligt werden kann. Gerade die zersplitterte Linke in Griechenland wird in der momentanen Verfassung nicht in der Lage sein, die Angriffe des Kapitals zurückzuschlagen, so militant und entschlossen sie auch auf der Straße kämpfen mag.

Diese Aufgabe kann nur eine neuen zu schaffende revolutionäre Partei angehen, die für den Sturz der Regierung, die Beendigung der Sparangriffe und die Zerschlagung des bürgerlichen Staates, zu Gunsten einer Arbeiterregierung, eintritt!

Revo-Konferenz

Ein wichtiger Schritt für unsere Organisation!

Die diesjährige **REVOLUTION** Konferenz fand vom 24.-26 Juni in Berlin statt. Die Konferenz, die unser höchstes Gremium ist und an der alle Mitglieder als Stimmberechtigte teilnehmen können, diskutierte, neben der politischen Lage in Deutschland und der Welt, verschiedene Resolutionen zu den Themen Frauenbefreiung, Betrieb & Gewerkschaftsarbeit, sowie Jugend- und Parteiaufbau. Zudem beschlossen wir ein Statut für unsere Sektion, dass unserer gestiegenen Größe und den zukünftigen Herausforderungen gewachsen ist und ein Aufgabenpapier für das kommende Jahr, das die praktischen Umsetzungen unserer politischen Diskussionen festhält.

Anwesend waren, neben den Mitgliedern unserer Sektion, auch Genoss_innen aus Großbritannien und Österreich, die von den Kämpfen und Erfahrungen in ihren Ländern berichteten. Besonders erfrischend war es viele neue Gesichter zu sehen und neue junge Kommunist_innen kennen zu lernen, ein Zeichen für das Wachstum und die Dynamik unserer Organisation. Zusammenfassend kann man sagen, dass die Konferenz in diesem Jahr ein wichtiger Schritt war, um die Aufgaben für junge Revolutionär_innen, in der sich vertiefenden Krise des Kapitalismus, zu lösen. In Hinblick auf die internationale Delegiertenkonferenz von **REVOLUTION**, die diesen Sommer vor unserem internationalen Sommercamp stattfinden wird, sind wir gut auf die Diskussionen vorbereitet.

Vorwärts zu einer neuen Jugendinternationale – Vorwärts zum Aufbau einer neuen kommunistischen 5. Internationale!

One Solution – REVOLUTION!

Schüler_innenkonferenz in Köln

DIE Schulstreikkonferenz in Köln, die vom 16. bis zum 17.7 stattgefunden hat und zu der mehrere, in der Bildungsbewegung aktive Gruppen und Organisationen aus NRW eingeladen hatten, war ein erster Schritt für den Aufbau einer neuen kämpferischen Bildungsstreikbewegung.

Anwesend waren ca. 70 Aktivist_innen, ein Drittel davon war bundesweit angereist. Somit waren außerhalb von NRW, Vertreter_innen von Bündnissen und Organisationen aus Kiel, Nürnberg, Berlin, Hamburg, Mainz und Stuttgart anwesend.

In den Workshopphasen fand ein Austausch von Erfahrungen zwischen den

einzelnen Städten statt. Außerdem gab es eine gut besuchte Diskussion zu der Frage einer antikapitalistischen Plattform im Bildungsstreik, in der Aktivist_innen von allen teilnehmenden Gruppen und Organisationen anwesend waren.

Anschließend ging es um die Frage der Perspektive des Bildungsstreiks, um die eine Interessante Diskussion entstand. Dank des Mehrheitsprinzips bei Entscheidungen, einigte man sich auf den 17.11 als bundesweiten Bildungsstreiktag. Darüber hinaus entschied man, dass es im Vorfeld verschiedene Mobilisierungs- und Streikaktionen geben soll.

Um dies zu organisieren und die Bewegung zu verbreitern, wird es Anfang September eine Schüler_innen, Student_innen und Azubis umfassende Bildungsstreikkonferenz in Berlin bzw. Darmstadt geben.

Auf dieser Grundlage wurden am nächsten Tag zwei Papiere verabschiedet. Bei dem ersten Papier, war die Grundlage die Resolution vom Berliner Bündnis *„Bildungsblockaden einreißen!“*, die konkrete Schritte für den Aufbau einer neuen Bildungsbewegung nannte und eine politische Perspektive für die zukünftige Praxis beschrieb. Das andere Papier wurde von der Vorbereitungskonferenz erarbeitet und soll nun als Aufruf und Mobilisierungstext genutzt werden.

Allerdings kritisieren wir das verhalten der SDAJ, die die größte Kraft auf der Konferenz war. So hatte sie, gegen die Forderung nach massiver Besteuerung der Reichen und Beendigung der Privatisierung an Schulen gestimmt, die somit abgelehnt wurden. Außerdem setzen sie eine Streichung aller Forderungen, die in der Berliner Resolution formuliert waren durch, welche als Orientierung für die regionalen Bildungsbündnisse gedacht waren. Darunter waren wichtige Forderungen nach selbstbestimmter Organisation des Bildungssystems durch Lernende, Lehrer_Innen und Eltern, sowie, dass die Banken und Kapitalist_Innen die materiellen Forderungen der Bewegung bezahlen sollen. Begründet wurde dies unter anderem damit, dass solche Forderungen nicht *„niederschwellig“* genug für die Bewegung wären. Ein sehr bezeichnender Akt für die SDAJ, die sich selbst sozialistisch und revolutionär nennt.

Zusammenfassend lässt sich aber sagen, dass die Schulstreikkonferenz ein erstes wichtiges bundesweites Zusammenkommen von jugendlichen Aktivist_innen, einer neu entstehenden Bildungsstreikbewegung, war. Es fand ein notwendiger Austausch zwischen einzelnen Organisationen und Städten statt. Die Beschlüsse die gefasst wurden, werden jetzt in die regionalen Bündnisse, und jeweiligen Organisationen getragen und diskutiert. Im August findet in Darmstadt eine bundesweite Student_innenkonferenz statt, auf der die am Wochenende verabschiedeten Papiere von der Schüler_innenbewegung eingebracht werden sollen.

Auf Regierungskurs

Anti-Semitismus-Debatte in der Linkspartei

WIR dokumentieren hier einen Artikel der Gruppe Arbeitermacht, unserer Partnerorganisation, zu den Diskussionen über und innerparteilichen Kämpfen in der Partei die LINKE, um die Position zu dem rassistischen Appartheidsstaat Israel, der in der NI (neuen Internationale), der Zeitung der GAM, sowie in ihrer Infomail veröffentlicht wurde.

Vordergründig bildet eine *„wissenschaftliche Studie“* den Anlass für die aktuelle Debatte in der Linkspartei. Samuel Salzborn und Sebastian Voigt legen darin dar, was für sie *„Antisemitismus“* in der Linkspartei ist. Dabei ging es um die Teilnahme der Bundestagsabgeordneten Höger, Paech und Groth an der letztjährigen Gaza-Hilfs-Flotte und um Boykottaufrufe gegen Waren aus den besetzten Gebieten.

Diese aktuellen Vorwürfe reihen sich in die konsequent pro-zionistische Richtung des Vorstands um Gysi, Kipping, Ramelow, Bartsch u.a. ein. Das ideelle Fundament für diese Kampagne legte Fraktionschef Gysi bereits vor Monaten, als er in einem Grundsatzpapier über die Staatsräson der BRD fabulierte und dabei klar stellte, dass speziell die deutsche Linke Israel immer zu unterstützen hätte und gleichzeitig der Antiimperialismus der Vergangenheit angehören würde.

Als direkte Antwort auf die *„Studie“* – wissenschaftlichen Anforderungen hält das Machwerk nicht stand – betreibt der Vorstand nun eine politische Kampagne gegen den linken Flügel.So entschieden der Vorstand am 21. Mai und die Fraktion am 22. Mai, welche Aktivitäten Mitglieder und Funktionsträger einzustellen hätten: *„Wir werden uns weder an Initiativen zum Nahost-Konflikt, die eine Ein-Staaten-Lösung für Palästina und Israel fordern, noch an Boykottaufrufen gegen israelische Produkte noch an der diesjährigen Fahrt einer “Gaza-Flottille” beteiligen. Wir erwarten von unseren persönlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Fraktionsmitarbeiterinnen und Fraktionsmitarbeitern, sich für diese Positionen einzusetzen.“*
Diese Vorwürfe und die folgende Debatte

waren ein gefundenes Fressen für die bürgerlichen Parteien und die Medien, speziell der linke Flügel in der Linkspartei, die Abgeordneten Buchholz und Höger wurden scharf angegriffen. Sogar eine *„Aktuelle Stunde“* im Bundestag wurde genutzt, um diesen Flügel zu denunzieren.

Gerade die außerparlamentarischen Linken müssen jetzt solidarisch mit diesem Flügel der Linkspartei sein. Wir müssen zeigen, dass wir uns nicht als *„Antisemiten“* abstempeln lassen und es auch andere politische Wahrheiten gibt, als die Konstrukte von Gysi, von *„Konkret“* oder *„Jungle World“*.

Antizionismus gleich Antisemitismus?

Mit diesem Slogan (ohne Fragezeichen) führen die *„Antideutschen“* seit nunmehr knapp 20 Jahren eine Kampagne gegen die antiimperialistische Linke. Diese politische Strömung, die Antizionismus mit Antisemitismus gleichsetzt, hat inzwischen in der Linkspartei und in den DGB-Gewerkschaften an Einfluss gewonnen. In der Linkspartei und in solid gibt es den antideutschen Bundesarbeitskreis Shalom und diverse pro-zionistische Gruppen, Plattformen und Medien, welche ein Bündnis mit dem rechten Flügel der Linkspartei eingegangen sind. Er verteidigt die bürgerlich-nationalistische Ideologie des Zionismus und bezieht sich positiv auf Israel und die USA, die für Demokratie und gegen den reaktionären Islamismus kämpfen würden.

Der Zionismus ist eine europäische verspätete nationalistische Ideologie, die von Th. Herzl begründet wurde. Sie sieht die Juden nicht nur als Religionsgemeinschaft, sondern als Volk und Nation, wobei die Klassendifferenzierung negiert wird. Im Unterschied etwa zum jüdischen BUND in Russland, der den Kampf der Juden gegen Unterdrückung als Teil des Befreiungskampfes des Proletariats ansah, war der Partner des Zionismus zur Durchsetzung seiner Ziele der Imperialismus. Dieser sollte die *„Befreiung“* der Juden bewerkstelligen, indem er ihnen einen eigenen Staat *„gab“*. Der Kampf für den Sozialismus wurde ersetzt durch die Flucht in einen eigenen – bürgerlichen – Staat: Israel. Dieser war aber nur erreichbar, indem Millionen Nichtjuden, die in dieser Region lebten, vertrieben, getötet und unterdrückt wurden und werden.

Für die internationalistische Linke war stets entscheidend, den Widerspruch zwischen den Klassen hervorzuheben, zwischen Kapital und Proletariat. Die nationale Spaltung lag immer im Interesse des Kapitals, den internationalistischen antiimperialistischen Kampf dagegen zu organisieren war immer das Interesse einer revolutionären Klassenpolitik. Daraus ergibt sich, dass InternationalistInnen gegen jede Form nationaler Unterdrückung kämpfen und den Befreiungskampf der Unterdrückten – also in diesem Fall der PalästinenserInnen – unterstützen.

Die Antideutschen bekämpfen dies. Zum einen lehnen sie die Klassenanalyse ab. Der deutsche Staat wird allein über die Taten des deutschen Faschismus definiert, seine Klassen seien nicht existent oder jedenfalls nicht wirklich relevant. Allein die *„Volksgemeinschaft“* der Nazis sei bis

Die Antideutschen bekämpfen dies. Zum einen lehnen sie die Klassenanalyse ab. Der deutsche Staat wird allein über die Taten des deutschen Faschismus definiert, seine Klassen seien nicht existent oder jedenfalls nicht wirklich relevant. Allein die *„Volksgemeinschaft“* der Nazis sei bis heute bestimmend, deswegen könnte es keine progressive Rolle der deutschen Arbeiterklasse geben, da diese *„strukturell“* antisemitisch sei und bleiben müsse.

Israel wird als Staat definiert, in dem anscheinend keine Klassenwidersprüche wirken oder jedenfalls vernachlässigbar sind. Israel wird allein als Folge der Shoa definiert, weswegen alle Linken diesen kapitalistischen Staat verteidigen müssten. In dieser Ideologie gibt es daher auch einen *„progressiven“* Imperialismus: die USA. Diese hätte den deutschen Faschismus besiegt und ist heute Israels Schutzmacht. Daher treten die Antideutschen auch für jeden Krieg des US-Imperialismus ein und rechtfertigen sämtliche Unterdrückungsmaßnahmen des israelischen Staates.

So wird der reaktionäre, rassistische Charakter des israelischen Staates negiert. Seine wirkliche Funktion und eigentliche Existenzgrundlage – Brückenkopf des US-Imperialismus und seiner Verbündeten – im Nahen Osten zur Beherrschung des arabischen Raums wird hinter einer Ansammlung von Geschichtsmythen verschleiert.

Mit der Ablehnung von Klassenbegriff, von Antiimperialismus und Internationalismus finden die Antideutschen auch leicht Freunde in den reformistischen Ap-

paraten. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich die *„Regierungsozialisten”* aus Berlin, Brandenburg, die Gysi und Co. in der Linkspartei jetzt dieser ideologischen Waffen bedienten, um zum Schlag gegen die InternationalistInnen in der Partei auszuholen. Jetzt sollen sich *„Linke“* nicht mehr für die Ein-Staaten-Lösung einsetzen dürfen, nein, sie müssen die aggressive Besatzungspolitik des Zionismus unterstützen, d.h. es muss einen ethnisch definierten zionistischen Staat geben und ein abgezäuntes Reservat für die PalästinenserInnen.

„Linke“ dürfen noch nicht einmal an der *„Gaza-Flotte“*, die humanitäre Hilfsgüter transportiert und die menschenverachtende Hungerblockade des Gaza-Streifen in Frage stellt, teilnehmen. Im letzten Jahr hatten diese AktivistInnen 9 Tote zu beklagen, als das israelische Militär die Schiffe stürmte.

Die Parlamentsfraktion begründet ihren Beschluss damit, dass auch offen antisemitische Gruppen an dem Gaza-Bündnis teilnehmen würden. Natürlich gibt es in der arabischen Welt auch Antisemitismus. Es ist aber ein politischer Skandal, dass von Seiten der pro-zionistischen Linken praktisch jede Solidaritätsaktion mit dem unterdrückten palästinensischen Volk verleumdet wird, indem ihr in die Schuhe geschoben wird, sie würde sich mit Anti-Semiten und sonstigen Reaktionären gemein machen. Die Parlamentsfraktion macht sich diese Denunziantenmache zu eigen.

Was ist am Boykott falsch?

Als letztes Totschlag-Argument gilt die Frage des Boykotts israelischer Waren aus den Besatzungsgebieten, wie ihn die israelische Linke seit Jahren betreibt. Wenn hier auf die deutsche Geschichte und den Boykott der Nazis gegen jüdische Geschäfte verwiesen wird, so ist das einfach Demagogie. Als Linke sind wir nicht solidarisch mit reaktionären Besatzungsregimen, wir sind nicht solidarisch mit Überausbeutung und quasi Zwangsarbeit, wie sie die Palästinenser in den besetzten Gebieten für das israelische Kapital leisten müssen.

Natürlich ist ein Boykott nur ein Mittel, um dies zu bekämpfen. Entscheidend sind dafür Massenaufstände wie die Intifadah, Aktionen und Streiks der palästinensischen Arbeiterklasse wie gemeinsame Kämpfe israelischen und palästinensischen anti-zionistischen AktivistInnen und Lohnabhängigen.

Vorstand und Fraktion der Linkspartei geht es aber längst nicht um internationale Solidarität. Sie wollen vielmehr die Partei endgültig für eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene empfehlen, indem sie sich zentrale Prämissen der deutschen imperialistischen Außenpolitik zu eigen machen. Dazu gehören Militäreinsätze der UNO, vielleicht auch der NATO, wenn die UNO dabei ist – und die bedingungslose Unterstützung Israels.

Dies ist ein Einfallstor, die letzten verbliebenen Positionen und *„Vorbehalte”* der LINKEN gegen offen pro-imperialistische Politik zu schleifen. Daher ist die Solidarität mit den InternationalistInnen in derFraktion Pflicht.

Einfach skandalös aber ist dabei wieder einmal das Verhalten der *„KommunistInnen“* um Sarah Wagenknecht, die den realen Konflikt – wie schon früher jede ernsthafte Differenz in der Linkspartei – zugunsten von *„Neutralitätsbeschlüssen“* und des lieben Friedens Willen umgehen will. Ob diesen GenossInnen das *„kommunistische“* Gewissen fehlt, sei dahin gestellt; dass ihnen der Arsch in der Hose fehlt, ist jedenfalls sicher.

Solidarität mit den Antiimperialisten in der LINKEN bedeutet aber zugleich auch Kritik an deren Verhalten. So war es sicher taktisch mindestens ungeschickt, vor der Abstimmung über Gysis Antrag den Saal zu verlassen, anstatt dagegen zu stimmen, was u.U. den Beschluss sogar verhindert hätte.

Das Argument, dass solcherart die bürgerlichen Medien und Parteien Futter für eine weitere Skandalisierung der Linkspartei erhalten hätten, ist kurzsichtig. Der rechte Flügel und große Teile des Zentrums der Partei wollen mit ihrer öffentlichen Denunziation der Linken das Kräftverhältnis weiter nach rechts verschieben. Daher ist jedes politische Versteckspiel aussichtslos und unsinnig.









Kontakte REVOLUTION

germany@onesolutionrevolution.de
oder direkt: [stadt]@onesolutionrevolution.de

**Berlin >>> Freiburg >>> Hamburg
Kassel >>> Stuttgart**

Keine Gruppe in deiner Nähe? Wir helfen dir eine Gruppe bei dir zu gründen!
Direkter Kontakt zur Redaktion:
redaktion@onesolutionrevolution.de

**Schreib uns!
www.onesolutionrevolution.de**

Impressum

V.i.S.d.P. - R. Müller, Greifswalder Str. 12, 10325 Berlin

One Solution - Revo...wer?

Eine Vorstellung

Wer ist REVOLUTION?

Wir sind eine antikapitalistische internationale Jugendorganisation. Wir sind aktiv in verschiedenen europäischen und asiatischen Staaten. Auf unserer Webseite www.onesolutionrevolution.de findet ihr unser Programm, Stellungnahmen, Demoberichte und Artikel von uns. Wir bringen regelmäßig die Zeitung „REVOLUTION“ heraus.

Was macht REVOLUTION?

In Deutschland sind wir aktiv gegen Bildungs -und Sozialabbau, Krieg und Faschismus. In unseren Ortsgruppen machen wir regelmäßige Veranstaltungen und Aktionen. Wir laden Euch gerne ein bei uns vorbei zuschauen oder mitzumachen – nehmt Kontakt auf über germany@onesolutionrevolution.de!

Was will REVOLUTION?

Hinter dem System von Ausbeutung, Hunger, Krieg und Unterdrückung steht der globale Kapitalismus, die Herrschaft Weniger über die große Mehrheit. Gemeinsam mit Euch wollen wir Kapital und Staat bekämpfen für eine gerechte, solidarische sozialistische Gesellschaft eintreten.

Informiert Euch, nehmt Kontakt auf!

One solution – REVOLUTION!!